

Beschluss des Landrats vom 19.05.2022

Nr. 1520

13. Gymnasialreform – Stand und Planung? 2021/732; Protokoll: mko

Klaus Kirchmayr (Grüne) beantragt eine Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Klaus Kirchmayr (Grüne) wurde durch die Wirren um die KV-Reform zu diesem Vorstoss motiviert. Plötzlich stand man vor vollendeten Tatsachen und der Kanton Basel-Landschaft musste auf die Hinterbeine stehen, unter Federführung von Kollege Andi Dürr, um überhaupt zu verstehen, was auf einen zukommt und in welche Richtung sich die Bildung in diesem Bereich entwickelt. Der Votant hatte damals ungefähr dasselbe Bauchgefühl wie bei der Gymnasialreform, als im stillen Kämmerlein in der Schweizer Bildungsverwaltung etwas geköchelt und den Kantonen dann mit Rechnung serviert wurde. Und die Kantone sind angehalten, das umzusetzen. Deshalb wollte er nun wissen, wie die Gymnasialreform konkret aufgegleist ist. Bezüglich dem Vorgehen weiss er deutlich besser Bescheid, wofür der Bildungsdirektion herzlich zu danken ist. Bezüglich den Inhalten aber, ihrer Gewichtung – ob mit mehr MINT- und weniger Sprachen-Fächern oder umgekehrt etc. – tappt er nach wie vor einigermaßen im Dunkeln. 2024 soll eingeführt werden. Es ist nicht mehr lange bis dahin. Und bei fünf Gymnasien und rund 4'000 Schülerinnen und Schülern im Kanton gibt es sicher noch einige Fragezeichen zur Umsetzung. Es ist auffallend und es stört ihn, dass es bei der Bildung stets derart grosse Einführungen gibt. Immer wird alles komplett umgekrempelt und anders gemacht. Als Ingenieur ist er aber gewohnt, dass man vor einer Einführung von etwas Neuem einen Pilot macht. Natürlich lässt sich ein Lehrplan nicht für nur eine einzige Klasse umstellen, während der Rest mit dem alten System weiterbetrieben wird. Doch bezüglich Inhalt und Teilaspekten wäre es doch zu wünschen gewesen, man hätte mehr pilotiert und die Leute an der Front wären besser mitgenommen worden. Die Schulräte an den Gymnasien haben keine grossen Kenntnisse von dem, was da in Bern abläuft. Beim Bildungsrat ist die Lage etwas besser. Er hat immer noch ein etwas mulmiges Gefühl, wenn es um die Gymnasialreform geht, noch immer ist er nicht sicher, dass es nicht irgendwann einen grossen Knall gibt. Er würde es sich deshalb sehr wünschen, man würde die Lehrpersonen vertiefter einbeziehen, und sich bezüglich den Inhalten überlegen, ob sich ein Teil davon nicht pilotieren und zumindest die Informationen bezüglich der Inhalte noch verbessern lässt. Immerhin darf man festhalten, dass der Kanton in dieser Hinsicht deutlich proaktiver unterwegs ist als andere Kantone und die Bildungsdirektorin noch zur Zeit der KV-Reform das nötige Sensorium erworben hat.

Sven Inäbnit (FDP) geht es in fast allen Belangen gleich wie Klaus Kirchmayr. Es ist eine grosse Kiste, die da auf einen zukommt. Und diese Kiste – oder auf Englisch Box – ist für die FDP nach wie vor eine Black Box. Man weiss nie, was da rauskommt. Das war schon so bei der KV-Reform, was sich nicht wiederholen darf. Der Votant ist komplett einverstanden mit dem Projekt, das Vorgehen ist ziemlich transparent und in der Interpellation transparent dargelegt. Um was es aber genau geht, ist noch immer nicht bekannt. Allenfalls weiss der Bildungsrat mehr, aber der Landrat weiss nur, was hier steht: «Ziel ist die langfristige Sicherung des prüfungsfreien Zugangs zur Universität». Punkt, Schluss. Was auch immer das heissen mag. Gerade im gymnasialen Bereich, wo es bereits Experimente gab und es eine vierjährige Ausbildung gibt, die nicht mehr mit dem Beginn der Universität und den Rekrutenschulen «matcht», gerade dort muss man wahnsinnig aufpassen, dass man nicht wieder in etwas reinrennt und ein solches Problem bekommt wie damals bei der

KV-Reform. Mehr Informationen, was da eigentlich angedacht ist, wären wünschenswert. Es ist zum heutigen Zeitpunkt völlig unklar, was man sich da aufhalst und ob es politisch abgestützt ist. Die Politik sollte auf jeden Fall stärker einbezogen werden, denn am Schluss muss jemand die Rechnung zahlen.

Immerhin weiss man nun, wie es läuft und wie der ambitionierte Fahrplan aussieht. Ein Pilot wäre wirklich nicht schlecht, denn wenn man sieht, dass der Tanker in der Schweizerischen Bildungslandschaft auf Sekundarstufe II in eine Kurve manövriert wird, dann ist diese Strecke gegeben und kann nicht ohne Weiteres korrigiert werden. Es wäre letztlich schade, wenn man sich verfahren würde.

Roman Brunner (SP) kann sich Sven Inäbnit anschliessen. Der Prozess ist grundsätzlich gut aufgegleist. Problematisch ist die Zeitachse. Gemäss Antwort zur Interpellation soll im Mai 2022, also bis in 10 Tagen, die Vernehmlassungsvorlage veröffentlicht werden, was mit Vorsicht zu geniessen ist. Der Zeitplan ist also sehr ambitioniert. Die Regierung hat in der Antwort betont, dass die Rückmeldungen aus der ersten Runde transparent gemacht würden. Auch daran glaubt der Votant nicht so ganz. Monica Gschwind sei gebeten, sich dafür einzusetzen, dass dies auch wirklich geschieht, damit man weiss, was an Rückmeldungen eingegangen ist und weshalb man sich entsprechend entschieden hat. Es ist nicht davon auszugehen, dass der Zeitplan bis 2024 eingehalten werden kann, weil es Szenarien gibt, die sehr grosse Umbrüche bei den Gymnasien bedeuten würden. Je nach dem, wie die Vernehmlassungsvorlage aussehen wird, muss man sich eingestehen, dass es mehr Zeit braucht, um die Mittelstufen sauber auf die Reform vorzubereiten. Dies ist eines der Bedingungen für das Gelingen. Die Regierungsrätin wird sich sicher dafür einsetzen, obschon es schwierig sein dürfte, in der EDK eine Mehrheit zu finden.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) bestätigt, dass es in der Tat ein schwieriger Prozess ist. Sie hätte sich das anders gewünscht. Das Geschäft befand sich erst in der internen Konsultation, wo man sich sehr viel Gedanken darüber gemacht und Rückmeldungen eingeholt hat. Darüber, wie der interne Prozess ausgewertet wurde und was davon in die Vernehmlassungsvorlage eingeflossen ist, ist ihr nichts bekannt. Die EDK informierte immer nur über die Prozesse und nicht über die Inhalte.

Nun ist es aber so, dass der EDK-Vorstand am 5. Mai 2022 den Entwurf des Maturitätsreglements freigegeben hat. Der Bundesrat hat gestern, am 18. Mai, die Totalrevision der Maturanerkennungsverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Die EDK hat entschieden, dass eine Vernehmlassung ausgelöst werden soll, weil es sich inhaltlich um dasselbe handelt. Diese dauert bis 30. September 2022. Selbstverständlich wird man das genau studieren, wenn die Unterlagen einmal vorliegen.

Man möchte Neuerungen vornehmen und die basalen Kompetenzen Deutsch und Mathematik stärken. Damit ist sie völlig einverstanden. Man möchte aber gleichzeitig neue Grundlagenfächer Wirtschaft, Recht und Informatik sowie mehrere Schwerpunktfächer einführen. Ihre Haltung ist hier klar: Weniger ist mehr. Man möchte an den Gymnasien keine oberflächliche Ausbildung haben, sondern gewährleisten, dass sich die Schülerinnen und Schüler vertieft in den einzelnen Fächern bilden können.

Zur Zeitachse: Es ist offensichtlich, dass es für eine Umsetzung ab 2024 nicht reicht. Es braucht genügend Vorlaufzeit, um das umsetzen zu können, was beschlossen wird.

Als nächstes wird die eingehende Vernehmlassungsvorlage ganz genau und in allen zur Verfügung stehenden Gremien studiert und dann eine differenzierte Stellungnahme abgegeben. Selbstverständlich wird sich die Votantin dann auch in der EDK für die hiesige Haltung einsetzen. Es gibt eine hochstehende Qualität an unseren 5 Gymnasien, was auch die Studienerfolgsquote zeigt, denn Baselland befindet sich schweizweit immer an vorderster Stelle. Trotzdem wird nicht bestrit-

ten, dass Reformen nötig sind und man von Zeit zu Zeit hinschauen muss. Und es gilt: Weniger ist mehr. Dafür wird sie sich einsetzen.

://: Die Interpellation ist erledigt.
